

Eine „Beschäftigungsbrücke“ für den Osten organisieren

1) Aktuelles Problem 1: Höhere Jugendarbeitslosigkeit in Ost-Deutschland

Trotz der Anstrengungen der Arbeitsmarktpolitik, die insbesondere durch das JUMP-Programm zu einem erhöhten Ausbildungsangebot und zu einem Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit in den neuen Ländern geführt hat, ist die Jugendarbeitslosigkeit immer noch höher als in Westdeutschland.

Da sowohl die Zahl der Ausbildungsplätze (Erste Schwelle) als auch die der angebotenen Arbeitsplätze nach einer beruflichen Ausbildung (Zweite Schwelle) den Bedarf der Schulabgänger unterschreitet, besteht die Gefahr, dass die Abwanderung der jungen Menschen aus den neuen Ländern zunimmt.

2) Aktuelles Problem 2: Der Altersdurchschnitt in den Betrieben ist höher

Spiegelbildlich dazu ist der Altersdurchschnitt in den Betrieben höher als in Westdeutschland; dies gilt für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt, aber insbesondere für die ehemaligen Treuhandbetriebe. Ursächlich hierfür ist sowohl die Sozialauswahl bei dem Personalabbau in den frühen 90er Jahren, die dazu führte, dass eher junge Beschäftigte entlassen worden sind, als auch die in den letzten Jahren stark gestiegene Produktivität dieser Betriebe, die dazu geführt hat, dass es erst oberhalb eines Wirtschaftswachstums von 8 % zu Einstellungen kommt.

Insgesamt lässt sich festhalten: Der Generationenaustausch in den Betrieben ist blockiert.

3) Das Problem der Zukunft: Die demographische Falle klappt zu

Dieses Problem des ‚Jugendüberhanges‘ in Ostdeutschland wird sich ab 2006 umkehren, da in Ostdeutschland in den neuen Ländern ein besonderer Punkt zu berücksichtigen ist: Im Zuge der Unsicherheit nach der Herstellung der Deutschen Einheit sank die Geburtenrate deutlich ab, um sich danach auf einem niedrigen Niveau zu stabilisieren.

Betrachtet man nur die Geburtsjahrgänge, aus denen sich die Berufsanfänger im gewerblichen Bereich rekrutieren werden, also die Jahrgänge der 16 und 17jährigen, so wird die dramatische Veränderung deutlich:

Gegenüber dem Jahr 2000 wird es im Jahr 2010 zu einem Rückgang von 434.000 Personen in dieser Altersgruppe auf 178.000 kommen; dies ist ein Rückgang um – 59 %!

Zum Vergleich: In Westdeutschland wird die Zahl der Personen in diesem Alter sogar noch geringfügig ansteigen, und 1,47 Mio. Personen betragen.

Während das Zahlenverhältnis bei allen Beschäftigten etwa 4 (West) zu 1 (Ost) betragen wird, liegt es bei den potentiellen Berufsanfängern bei 8,3 (West) zu 1 (Ost). Diese Veränderungen ergeben sich nur aufgrund der unterschiedlichen demographischen Entwicklung; würde die real bereits stattfindende Abwanderung berücksichtigt werden, so käme es zu noch ungünstigeren Zahlen.

Die Zahl der Berufseinsteiger wird also nicht ausreichen, um die Abgänge in den Betriebe durch Verrentungen zu kompensieren; das Beschäftigungsvolumen wird also zurückgehen.

4) Ein Lösungsansatz: Die „Beschäftigungsbrücke“ muss jetzt organisiert werden!



Der sich abzeichnende Fachkräftemangel gefährdet den Aufbau Ost. Um die strukturpolitisch fatale De-Industrialisierung zu vermeiden, müssen jetzt alle Instrumente ergriffen werden, um die Blockade des Arbeitsmarktes zügig aufzubrechen.

- Das bereits vorhandene Instrument des pauschalierten Lohnkostenzuschusses für Betriebe, die im Vorgriff auf später ausscheidende Arbeitnehmer arbeitslose Jugendliche unbefristet einstellen, kann – befristet bis 2006 - ausgeweitet werden.

Ein innovativer Ansatz wäre eine Jugend- oder Einstiegsteilzeit: Durch eine entsprechend den Regelungen des Altersteilzeitgesetzes durchgeführte Aufstockung des Arbeitsentgeltes und der Sozialversicherungsansprüche kann das Arbeitsvolumen in den Betrieben zu akzeptablen Bedingungen für die Beschäftigten auf mehrere Schultern verteilt werden. Gleichzeitig werden in den Betrieben die zukünftig dringend benötigten qualifizierten Arbeitskräfte vorgehalten.

Auch eine Ausweitung des förderfähigen Zeitraums der Alterszeit von gegenwärtig 6 auf zukünftig 10 Jahre sollte kein Tabu sein, wenn diese tatsächlich als echte Altersteilzeit – also nicht in ‚verblockter‘ Form – stattfindet. Hierdurch könnte der Ältere sein Erfahrungswissen direkt an den Jüngeren weitergeben. So entsteht im weiteren Sinne eine Job-Rotation mit vorgeschalteter Überlappung der Beschäftigung. Durch die Ausweitung auf 10 Jahre könnten bereits 55jährige in Teilzeit gehen und mithelfen, frühzeitig die Beschäftigungsstruktur in den Betrieben zu verbessern.

Notwendig hierzu ist eine gemeinsame Kraftanstrengung aller Beteiligten, also beider Sozialpartner und des Staates. Ein geeigneter Ort, um die notwendigen Schritte für ein derartiges Programm zu verabreden, wäre das „Bündnis für Arbeit“.

Zur Umsetzung bedarf es aber einer regionalen Unterfütterung, um den zukünftigen Arbeitskräfte- und Qualifizierungsbedarf zu ermitteln. Arbeitgeber, Gewerkschaften und Arbeitsämter sind hier gemeinsam gefordert.

Nach: Klaus Brandner, Sozialpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Dezember 2001.

